



Nachlese des 70. Entwicklungspolitischen Fachgesprächs vom
02.02.2010 zum Thema:

Reflektionen zum Stand der Entwicklungspolitik Unsere Partner: vom Objekt der „Hilfe“ zum Subjekt von Veränderung

Ein Gespräch mit **Wolfgang Schmitt**, bis Ende 2009 Geschäftsführer der GTZ.

Vortrag W. Schmitt:

Vorbemerkung: Der Vortrag soll anders als die umfassende Vorlese beschränkt werden auf die Frage nach Motivation und Legitimation in der Entwicklungszusammenarbeit.

Menschheitsgeschichtlich gesehen ist der Anspruch, die Lebensverhältnisse anderer Menschen zu verbessern, relativ neu. Auch andere Zivilisationen wie z. B. China engagieren sich in der Entwicklungszusammenarbeit, jedoch aus anderen Beweggründen als wir. Wir müssen innehalten und das „interventionistische Hilfsparadigma“ hinterfragen: Wer hat uns eigentlich dazu berufen, die Menschheit zu retten?

Die Entwicklungszusammenarbeit der letzten zehn Jahre ist deutlich von den Millennium Development Goals (MDGs) gekennzeichnet. Interessant ist, dass die ursprüngliche Idee der MDGs war, dass jedes Land die vereinbarten Ziele möglichst selbst umsetzt. Anstatt sich jedoch auf die Entwicklung Deutschlands zu konzentrieren, hat die Entwicklungsministerin ihre Aufgabe in der Umsetzung der MDGs in anderen Ländern gesehen. Hier muss gefragt werden: Woher stammt das Mandat dafür?

International ist diese Tendenz noch stärker zu beobachten. Condoleezza Rice hat z. B. einmal gesagt: „Wir haben eine Vorstellung davon, wie die Welt aussehen sollte“. So legt eine „Priesterschaft“ von Fachleuten fest, was die Menschheit braucht. Eine postkoloniale zivilisatorische Emphase prägt den Ton der Debatte.

Die Anschlussfähigkeit an den internationalen Diskurs war lange Zeit eine normative Vorgabe an die deutsche EZ. So wurden eher technische Aspekte wie die Budget-Hilfe, der Stellenwert der TZ oder neue EZ-Instrumente diskutiert, während die Frage nach qualitativen Aspekten der Zusammenarbeit wie etwa dem Verhältnis zwischen Deutschland und seinen Partnern vernachlässigt wurde. So ist auch das deutsche EZ-System trotz aller Ansprüche an Ownership und Alignment von zivilisatorischem Sendungsbewusstsein geprägt. Illustrierende Beispiele dafür lieferten zahlreiche seiner Projektreisen in Partnerländer, bei denen die Experten vor Ort mit Power-Point-Präsentationen über die Ergebnisse ihrer Arbeit berichteten und die zunächst wie Statisten wirkenden Zielgruppen, z. B. Bauern, erst durch wiederholte Aufforderungen über ihre Perspektive zu sprechen begannen.

Auffallend ist in diesem Zusammenhang: Generell gibt es in dieser Diskussion sehr wenige Äußerungen aus den Ländern des Südens, obwohl es dort viele Experten gibt, die ihre Urteile zur EZ insgesamt und auch zur deutschen EZ im Speziellen fällen könnten. Eine Ausnahme

wäre der Beitrag zur Debatte von Dambisa Moyo, die sich sehr kritisch mit der EZ auseinandergesetzt hat.

Es wäre viel wichtiger, etwa jede Regierungsverhandlung mit unseren Partnern damit zu beginnen, dass wir nach ihrer Perspektive auf die deutsche EZ (Erfahrungen, Erwartungen) fragen. Denn was unsere Partner in der EZ wollen, weicht teilweise frappierend von dem ab, was uns im deutschen EZ-System im Sinne von internationaler Anschlussfähigkeit nahegelegt wird.

An dieser Stelle sollte auch die Budget-Hilfe diskutiert werden, die die GTZ entgegen häufig geäußerter Behauptungen nicht militant ablehnt. Viel mehr wehrt sich die GTZ dagegen, in der Budget-Hilfe einen neuen „heiligen Gral der EZ“ zu sehen. Nichtsdestotrotz muss Budget-Hilfe hier erwähnt werden, weil die Kommission in Brüssel in ihr die nahezu perfekte Umsetzung der Paris-Agenda sieht. Allerdings bezieht sich diese Begeisterung vor allem auf „Aid Effectiveness“, also das Kriterium der Abflussgeschwindigkeit, und nicht auf die Qualität bzw. die Wirkung. Verglichen mit den komplexen Prozeduren der finanziellen EZ von bi- und multilateralen Institutionen ist Budget-Hilfe tatsächlich ein großer Fortschritt bezüglich der Geschwindigkeit. Problematisch ist aber, dass man in Bonn und Berlin weiter geht: Es geht auch um so genannte politische Wirksamkeit. Dahinter verbirgt sich der Versuch einer entwicklungspolitischen Kartellbildung. Mit dem Hebel größerer Finanz-Volumina sollen die jeweiligen Partner „zur Raison“ gebracht werden; das unterliegende Entwicklungsverständnis ist wieder ein Zivilisierungsanspruch. Allerdings wird sich diese Allmachtsphantasie in ein paar Jahren als solche entlarven, weil erstens die vergleichsweise geringen Finanzvolumina kein Erpressungspotential bieten und es zweitens inzwischen andere Geber gibt, die ein alternatives Verständnis von internationaler Zusammenarbeit haben. In China etwa gelten bestimmte nicht-interventionistische Grundsätze seit 1963 unverändert. China ist kein neues Vorbild, aber es lässt den wohlgemeinten Erpressungsversuch im rechten Licht erscheinen.

Überall auf der Welt wird die Dominanz des Westens mit seinen normativen Geltungsansprüchen als Belastung oder Bedrohung empfunden. Die Menschen merken, dass sie als hilfebedürftige „Patienten“ angesehen werden und reagieren mit Widerstand.

Die aktuelle Situation in Afghanistan z. B. lässt sich auf einen solchen Modernisierungskonflikt zurückführen. Der Westen täte gut daran, sich qualitativ mit den traumatischen Erfahrungen dieses Landes auseinander zu setzen. Und dies wäre ein positiver Ausblick: Wenn wir mehr zuhören, erfahren wir auch, welche Potentiale es in verschiedenen Gesellschaften gibt.

Zum Schluss eine Anekdote: Bei einem Gespräch mit einem Tuareg in Mali wollte ich wissen, was die deutsche EZ von Anderen unterscheidet. Er antwortete, dass nur die Deutschen zum lokalen Schmied gingen, um sich dort ihre Schaufeln herstellen zu lassen, und diese dann auch noch auf Eseln transportieren würden anstatt in Jeeps. Darauf war ich stolz.

Gespräch mit dem Publikum

Provokant könnte man sagen: Ja, wir folgen in der EZ einem interventionistischen Paradigma. Es gibt aber auch kaum Länder in der Welt, die sich nicht so entwickeln wollen wie Europa es getan hat! Wie stellen Sie sich die richtige deutsche Entwicklungshilfe vor? Wie kann man entwicklungspolitisch etwas leisten, wenn man nur auf das hört, was die Partner sagen?

W. Schmitt: Bei dieser Frage muss unterschieden werden zwischen staatlicher EZ und NGO-Zusammenarbeit. Die GTZ handelt immer nur mit Wissen und Billigung der jeweiligen Regierung. Wenn eine Regierung etwa wünscht, dass die GTZ gegen Korruption vorgeht,

dann machen wir das auch – aber nicht subversiv gegen ihren Willen, da wir nur Gast in ihrem Land sind. In Bolivien können wir z. B. sehr gut arbeiten, ohne den Sozialismus zu stabilisieren oder zu destabilisieren; dies ist eine hohe Kunst, aber ein Muss für die bilaterale staatliche Zusammenarbeit.

Es gibt einige positive Beispiele für „gute“ EZ. In Äthiopien etwa konnten einige Probleme gelöst werden, ausgehend vom Problem des Straßenbaus. Da es kein Erdöl gab, mit dem man die Straßen asphaltieren konnte, und die Devisen des Landes nicht ausreichten, um welches zu importieren, während es auf der anderen Seite viele Steine gab und eine hohe Arbeitslosenquote, begann man nach einem Anstoß von Deutschland, neue Straßen zu pflastern.

Ein weiteres Beispiel wären Sozialversicherungssysteme. Auch wenn viele Partnerländer es als Beleidigung auffassen, wenn wir z. B. ein Sozialversicherungssystem ohne Computer aufbauen, so müssen wir uns doch in erster Linie danach richten, welches Potential in dem Land vorhanden ist und wie wir es nutzen können. Die Alternativen lauten ‚Märkchen oder keine Märkchen‘, aber nicht ‚Märkchen oder Computer‘.

Kommen wir noch einmal zu unserer Haltung gegenüber unseren Partnerländern. Ich frage mich, ob es nicht ehrlicher wäre, wie ein Risiko-Kapitalist nach Afrika zu gehen, der sich nicht moralisch verpflichtet fühlt, sondern die Chance auf Erfolg sieht? Die EZ muss, sowohl im NGO-Bereich als auch staatlich, wie ein Investor auftreten, der aus dem Potential des Partnerlandes und seiner Investition gemeinsam etwas wachsen lassen will.

Wie kommen wir Europäer und Amerikaner wohl dazu, die Welt nach unserer Vorstellung formen zu wollen?

W. Schmitt: Ich glaube, dass Werteexport ein spezifisch abendländisches Phänomen ist. Andere wollen uns nicht bekehren. Ich bin kein Kulturrelativist, ich weiß um die Richtigkeit meiner Werte, aber: Wir haben keine zivilisatorische Mission. Juristisch mag es sogar korrekt sein, wenn wir im Sinne des Völkerrechts intervenieren, aber dies ist nur unsere Perspektive! Wir müssen also unsere Werte transparent machen, aber gleichzeitig betonen, dass es uns nicht um Werteexport geht.

Es gibt nur wenige Entwicklungsvorstellungen neben unserer „westlichen“ Vorstellung. Woran liegt das? Es gibt einige Kulturen, die sich auch in neuerer Zeit auf eigene Initiative entwickelt haben, z. B. Japan...

W. Schmitt: ...hier würde ich gerne einhaken: Viele Länder haben sich verändert! Afrika z. B. hat sich in den letzten 100 Jahren extrem verändert, auch wenn dort angeblich keine Entwicklung stattgefunden hat. Was in Japan passiert ist, bezeichnen wir als Entwicklung, weil Japan am Ende sogar einen Krieg anzetteln konnte, während andere Länder heute nicht einmal in der Lage sind, eine Rolex zu fälschen – da hat dann dieser Deutung nach keine Entwicklung stattgefunden.

...nach anderer Definition würde man das Beschriebene nicht als Entwicklung bezeichnen. Manche Länder haben selbst Initiative zur Entwicklung ergriffen, z. B. Ägypten oder Japan; andere Völker jedoch haben diesen Drang sich zu entwickeln nicht gehabt. In Afrika gab es vielerorts ein Paradigma, dass man nur so viel produzieren sollte, wie man selbst verbrauchen kann. Wer mehr produziert, wird abgestraft – dies gab es in vielen Regionen. So kommt es zu einem Problem: Die Afrikaner wollen „genug“, aber nicht „mehr“, während die Europäer in der EZ letzteres vorziehen.

W. Schmitt: Gesellschaften haben ein Recht auf materielle Nicht-Entwicklung, das wir respektieren müssen. Allerdings ist diese Frage ethisch sehr anspruchsvoll, da eine solche Verweigerung von Akkumulation Konsequenzen z. B. für soziale Dienstleistungen hat. Oder wir akzeptieren, dass es das Phänomen der Akkumulations-Verweigerung gibt – haben wir dann die Pflicht, sie zu alimentieren, weil wir gewisse Nicht-Entwicklungen nicht mit ansehen können? Diese Frage ist sehr komplex und ich möchte nicht mit schnellen Antworten aufwarten.

Die Frage der Werte-Orientierung ist ja in der EZ sehr wichtig. Aber gibt es einen richtigen Dialog über die Werte, die etwa durch unsere Sozialisation geprägt worden sind? Können wir trotz verschiedener Werte überhaupt noch EZ betreiben?

Wir müssen im Auge behalten, wie wir zur EZ gekommen sind. Der Erfolg des Marshall-Plans war ja für Kennedy Anlass, sich weltweit in der EZ zu engagieren. Heute, da es uns wirtschaftlich gut geht, haben wir den Druck, dass wir weltwirtschaftliche Ungerechtigkeiten mit unserem Geld kompensieren möchten. So romantisch und sympathisch Eselkarren auch sind; wir müssen unsere Gelder vernünftig verwenden.

W. Schmitt: Vor allem ist wichtig, dass wieder ein Raum für Diskussionen dieser Art geschaffen wird. In den letzten 10 Jahren wurde der GTZ seitens der Leitung des BMZ bedeutet, dass man sich zu entwicklungspolitischen Fragen wie etwa der Budget-Hilfe nicht zu äußern habe. Im Grunde ging es darum, die Arbeit des BMZ analog zu der internationalen Gutsprech-Diplomatie als „charity“ zu verkaufen.

Für die Zukunft ist wichtig, dass über Entwicklung anders gesprochen wird, vor allem in Bezug auf den Fokus der Armutsbekämpfung.

Ein Autor hat bemerkt, dass man wohl in ganz Afrika kein Dorf finden wird, in dem die Mehrzahl der Bewohner sich selbst als arm bezeichnen würde. Wenn wir nun von einem afrikanischen Präsidenten verlangen, dass er z. B. im Wahlkampf die Armutsbekämpfung als Hauptaufgabe bezeichnet, dann würde sich die Mehrheit der Bevölkerung nicht durch ihren Präsidenten unterstützt fühlen. Dies zeigt, dass der internationale Diskurs auf erschreckende Art und Weise vollkommen abgekoppelt ist von der Wahrnehmung der betroffenen Gesellschaften von sich selbst. Adenauer hat damals einen genialen rhetorischen Schachzug gemacht, als er Wohlstand für alle forderte. Auch wir müssen uns aus der rhetorischen Armutsfalle befreien. Denn unsere Armutsrhetorik geht mitunter soweit, dass z. B. Investitionen in höhere Bildung in Frage gestellt werden, weil sich Armutsbekämpfung ja zunächst auf die Primarschulen konzentrieren sollte. Zwei Dinge ergeben sich daraus: Erstens, wir müssen mit dem Begriff der Armut weniger pathetisch umgehen und zweitens, wir müssen uns von der We-save-the-World-Hybris verabschieden. Diese Hybris, also der Gestaltungs- und Machbarkeits-Anspruch der westlichen Zivilisation, manifestiert sich nicht nur militärisch (Stichwort Afghanistan, Irak), sondern auch in der so genannten „soft power“, worunter auch die EZ fällt.

Zusammenfassend müssen wir also erstens das Armuts-Paradigma verabschieden und zweitens klarer in Deutschland darstellen, was entwicklungspolitisch möglich ist und was nicht. Drittens müssen unsere Partner viel mehr öffentlich darüber sprechen, was sie mit unserer Hilfe tun.

Weiterhin müssen wir Projekte sorgfältiger vorbereiten und unsere Partner dabei viel intensiver einbeziehen. Die wichtige Frage nach dem Potential eines Partnerlandes wird immer vernachlässigt. Anstatt Probleme und Mängel zu identifizieren müssen wir zunächst danach schauen, was da ist und dann daraus ableiten, was möglich ist. Anstatt Verhandlungsprotokolle vorzuformulieren müssen wir uns auf einen Dialog mit unseren Partnern einlassen. Gemeinsame Evaluierung mit den Partnern wurde vom BMZ nie forciert

und viele Partner sind dem gegenüber gleichgültig, weil sie ja etwas geschenkt bekommen. Dies muss geändert werden; wir müssen auf gemeinsame Evaluierung insistieren.

(Protest im Publikum)

Gemeinsame Evaluierung mit Partnern ist bereits seit langem Standard und Regierungsverhandlungen laufen partnerschaftlich.

Heute wird die technische Zusammenarbeit immer mehr zu Gunsten von Finanzieller Zusammenarbeit zurückgefahren. Ist es so, dass die Politik einen immer höheren Stellenwert bekommt?

W. Schmitt: Quantitativ kann ich das nicht bestätigen. Es hat eine berechtigte internationale Kritik am Projekt-Ansatz der TZ gegeben, wenn die deutsche TZ auch nicht so stark zu kritisieren ist wie die anderer Länder. Auf die Kritik ist reagiert worden, indem vermehrt Langzeit-Experten eingesetzt wurden und der Fokus mehr auf unseren Partner und seine Möglichkeiten gerückt ist. Die TZ weltweit allerdings wird geprägt durch Institutionen, die vor allem Kurzzeit-Experten entsenden, Seminare in Hotels veranstalten und Studien durch Gutachter erstellen lassen. Die deutsche Bundesregierung müsste viel deutlicher machen, dass sie sich der Kritik einerseits anschließt, es andererseits aber selbst auch schon lange anders macht.

Evelyn Funk

G. Oldenbruch